

## Mann bestreitet Mordabsicht

Prozessauffakt in Ellwangen

**Ellwangen** – Mit verweinten Augen betritt das zierliche Mädchen am Donnerstag den Verhandlungssaal im Landgericht Ellwangen. Es hat einen schweren Gang vor sich: Die Schülerin aus Schwäbisch Gmünd, die vor zwei Tagen 16 Jahre alt geworden ist, muss als Zeugin im Mordprozess gegen ihren Vater aussagen.

VON BIRGITTA VON GYLDENFELDT

Der 41-Jährige soll laut Anklage am 11. Juli vergangenen Jahres gegen 2.30 Uhr seine 50-jährige Lebensgefährtin vor den Augen der gemeinsamen Tochter mit Benzin übergossen und angezündet haben. Das Mädchen erlitt durch eine Stichflamme schwere Verbrennungen ebenso wie der Angeklagte selbst. Der Tat soll eine lautstarke Auseinandersetzung vorausgegangen sein.

„Ich bin vom Streit meiner Eltern aufgewacht“, erzählt das blonde Mädchen mit leiser, brüchiger Stimme. Der Vater habe gedroht, das Haus anzuzünden, und ihre Mutter habe ihr zugerufen, die Polizei anzurufen. Als sie habe wählen wollen, habe ihr der Vater das Telefon entrissen und es ebenso wie ihr Handy zerstört. Auch sonst hätten sich ihre Eltern öfter gestritten – wegen Geld oder weil die Mutter häufig spät nach Hause kam, berichtete das Mädchen weiter. Manchmal sei es zu Handgreiflichkeiten gekommen, was auch der Angeklagte nicht leugnet. An jenem Tag aber sei ihr Vater anders als sonst gewesen, berichtet die Jugendliche. „Er hat die ganze Zeit gesagt, er zündet das Haus an.“

Nachdem er die Telefone zerstört hatte, ging der Angeklagte nach Darstellung seiner Tochter in den Keller. „Ich habe zu Mama gesagt, wir gehen“, aber sie wollte ihn davon abhalten, das Haus anzuzünden. „Beide seien sie in den Keller gegangen, erzählt das Mädchen. Dort sei schon alles voll Benzin gewesen. Als die Schülerin den Richter schildert, wie ihr Vater ihre Mutter gestoßen hatte und sie daraufhin stürzte, kommen ihr wieder die Tränen. „Sie hat versucht aufzustehen, aber es ging nicht, weil alles so rutschig war.“ Nach Angaben des Mädchens schüttete der Angeklagte auf die am Boden liegende Frau noch Benzin. „Es war am ganzen Körper.“ Dann habe sie nur noch Flammen gesehen.

Der Angeklagte selbst bestreitet, seine Lebensgefährtin vorsätzlich mit Benzin übergossen und angezündet zu haben. „Ich wollte nie, nie jemanden umbringen“, sagt

„Da war auf einmal ein riesiger Feuerball“

er aufgewühlt. Immer wieder bricht er in Tränen aus, als er die Geschehnisse schildert. Er habe das gemeinsam bewohnte Haus in Brand setzen und sich selbst umbringen wollen. Anlass war seinen eigenen Angaben zufolge, dass er in der Tatnacht hörte, wie seine Partnerin der Tochter von ihrem Liebhaber erzählte. „Ich war schockiert, vor den Kopf gestoßen.“ Nachdem er die Telefone zerstört habe, sei er in den Keller gegangen, um diesen anzuzünden und sich umzubringen. Die Frau und das Mädchen seien dazu gekommen, als er bereits das Benzin vergossen hatte. Er habe die Frau gestoßen. Dabei sei sie in die Benzinpflüzen gefallen, er habe aber nichts mehr über sie gegossen. „Ich wollte niemanden schädigen“. Wie er die brennbare Flüssigkeit angezündet habe, wisse er nicht mehr. „Da war auf einmal ein riesiger Feuerball.“

## Drohungen gegen Grüne

Nach Tod von Landrat Kretz: „Selbstmörder-Partei“

**Karlsruhe** – Nach dem Suizid des Karlsruher Landrats Claus Kretz erhält die Fraktion der Grünen anonyme Drohungen. Sie hat die Affäre ins Rollen gebracht.

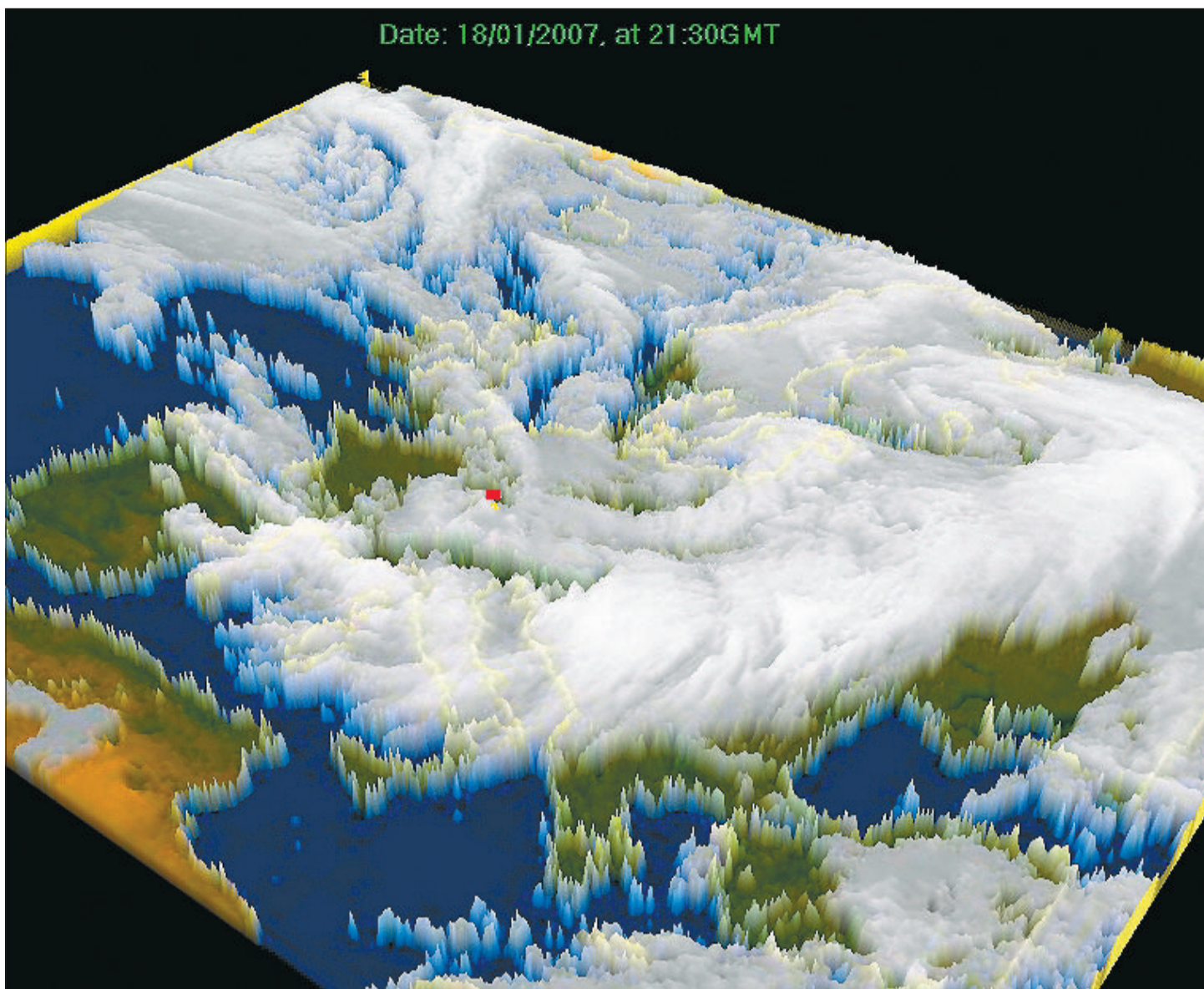
VON GREGOR PREISS

Der erste Anruf erfolgte noch am selben Tag, als sich der CDU-Politiker vor den Zug geworfen hatte. „Sind Sie jetzt zufrieden?“, fragte der Unbekannte am Telefon, der sich als bester Freund des Landrats ausgab. Karl Mittag machte sich nicht weiter Sorgen. Das änderte sich in den darauf folgenden Tagen, als der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Karlsruher Kreistag regelmäßig Drohbriefe in seinem Briefkasten fand.

Adressiert waren sie an den „Hauptschuldigen und Sprecher von der Selbstmörder-Partei im Landkreis Karlsruhe“. Er habe den Landrat auf dem Gewissen, das wird ihm noch alles in seinem Leben zurückgezahlt werden, schlug Mittag in dicken Lettern die Wut derer entgegen, die stellvertretend für „viele tausende tief betroffene

„Es war richtig, was wir gemacht haben“

Bürger und Bürgerinnen aus unserem Landkreis Karlsruhe und unserem Lande Baden-Württemberg“ zeichneten. Spätestens jetzt sah sich der Physiker als Zielscheibe. Er ging zur Polizei – wo zwischenzeitlich weitere Drohungen bekannt wurden, wie ein Sprecher am Donnerstag auf Anfrage berichtet, ohne Einzelheiten zu nennen. Morddrohungen seien aber keine darunter. Stattdessen kursierten viele „unqualifizierte Beschuldigungen“, etwa in einem Karlsruher Internetforum. Für die Trauerfeier, die am vergangenen Montag stattfand, erhielt Grü-



Wolkenwirbel mit Bergen und Schluchten

Da Satelliten keine dreidimensionalen Daten liefern, hat Somporn Chuai-Aree vom Interdisziplinären Zentrum für Wissenschaftliches Rechnen an der Uni Heidelberg das Computerprogramm Virtual Cloud

3D entwickelt. Es ergänzt zweidimensionale Wetteraufnahmen um die dritte Dimension. Die Abbildung zeigt Orkan Kyrill, der am 18. Januar über Mitteleuropa fegte. Der rote Punkt markiert die Lage Stuttgarts.

## Schlechtes Erinnerungsvermögen

Verfassungsschutzpräsident im Prozess gegen Ex-Justizministerin gehört

**Stuttgart** – Hat sie Dienstgeheimnisse verraten oder nicht? Im Prozess gegen die frühere Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck sagte am Donnerstag der frühere Zentralstellenleiter des Justizministeriums aus.

VON MARIA WETZEL

„Mein Erinnerungsvermögen ist nicht sehr ausgeprägt“, erklärte Johannes Schmalz, ehemaliger Leiter der Zentralstelle im Justizministerium, bei seiner Vernehmung am Donnerstag vor dem Landgericht Stuttgart. Offen blieb deshalb, ob er selbst oder Mitarbeiter Werwig-Hertneck am 17. Juni 2004 ein Fax zur Ministerpräsidentenkonferenz nach Bremerhaven schickte, welche Informationen der Aktenvermerk Fax enthielt, ob die Ministerin die Unterlagen angefordert hatte oder ob er sie aus eigener Initiative über Ermittlungen gegen ihren Parteifreund, Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP), auf dem Laufenden halten wollte. Sicher ist sich der jetzige Verfassungsschutzpräsident aber, dass Werwig-Hertneck immer beteuerte, sie habe kein Dienstgeheimnis verraten. Gegen Döring wurde damals

wegen der so genannten Umfrageaffäre ermittelt.

Seit Herbst steht Werwig-Hertneck vor dem Landgericht. Zuvor hatte sie einen Strafbefehl der Staatsanwaltschaft über neun Monate Haft auf Bewährung und 20 000 Euro Geldauflage abgelehnt. Die Anklagebehörde wirft der FDP-Politikerin vor, Döring am 17. Juni 2004 Details über die Ermittlungen mitgeteilt und damit das Dienstgeheimnis verletzt zu haben.

Ihre Anklage stützt die Staatsanwaltschaft auf Aussagen Dörings. Bei einem Telefonat mit Werwig-Hertneck am 17. Juni 2004 habe er erfahren, dass in den Privaträumen seiner früheren Büroleiterin Margit Haussmann belastendes Material gegen ihn gefunden worden sei, hatte Döring in der vergangenen Woche vor Gericht ausgesagt. Einzelheiten dazu habe sie ihm allerdings nicht mitgeteilt. Auch an Details könne er sich nicht mehr erinnern.



Schmalz Foto: dpa

Nach Ansicht von Werwig-Hertnecks Anwalt Bernd Schneider lassen sich die Vorwürfe gegen seine Mandantin nicht aufrechterhalten. So wurde das belastende Material erst am 18. Juni gefunden. Während Döring seinen Rücktritt bekannt gab, wurden das Wirtschaftsministerium und Haussmanns Wohnung in Bad Urach durchsucht.

In einer Kommode im Ankleidezimmer habe sie einen Brief mit der Aufschrift „Persönlich“ entdeckt, sagte Staatsanwältin Silke Hörmann, die damals bei der Durchsuchung dabei war und gestern als Zeugin befragt wurde. Der verschlossene Umschlag enthielt neben dem Testament von Margit Haussmanns Vater auch einen Nachweis, dass Döring über die Umfrage informiert war. Den Inhalt des Briefumschlags bekam auch Helmut Haussmann, der frühere Bundeswirtschaftsminister, „kurz“ zu sehen, bevor er die Liste der beschlagnahmten Gegenstände quittierte – das geht aus einem Aktenvermerk der Staatsanwältin hervor.

Möglicherweise habe Döring von Haussmann früher von dem belastenden Material erfahren, sagte Verteidiger Schneider am Rand der Verhandlung. Margit Haussmann konnte bisher nicht gehört werden, ein Arzt bescheinigte ihr Vernehmungsunfähigkeit.

## Land weist zwei Islamisten aus

Rech: Feinde der Gesellschaft

**Stuttgart (lsw)** – Zwei islamistische Extremisten haben in den vergangenen Tagen Baden-Württemberg verlassen müssen.

„Wer unsere Sicherheit gefährdet, hat hier nichts zu suchen und muss Deutschland so schnell wie möglich verlassen. Extremisten sind Feinde unserer Gesellschaft und Demokratie“, sagte Innenminister Heribert Rech (CDU) am Donnerstag in Stuttgart. Nach seinen Angaben hat das Land seit Juni 2004 sechs Extremisten abgeschoben, vier nach Algerien, einen in den Jemen und einen nach Ägypten. Um einer drohenden Abschiebung zuvorzukommen, seien sechs weitere Extremisten freiwillig ausgeweisert. Das Ministerium hat im Kampf gegen den Extremismus die Arbeitsgruppe „Aufenthaltsbeendigung als gefährlich einzustufender Ausländer“ eingesetzt.

Einer der beiden zuletzt ausgewiesenen Extremisten ist dem Innenministerium zufolge Algerier und war im Zusammenhang mit dem versuchten Sprengstoffanschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt im Jahr 2000 auffällig geworden. Obwohl das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung 2005 eingestellt worden sei, habe es weiter erhebliche Sicherheitsbedenken gegeben. Die Abschiebung sei zunächst wegen fehlender Reisedokumente nicht möglich gewesen. Nachdem diese vorgelegen seien, sei der Mann untergetaucht. In Mannheim sei er jetzt festgenommen und von Frankfurt aus nach Algerien abgeschoben worden.

Der zweite Fall betrifft einen Mauretanier, der wegen seiner Tätigkeit als Koran-Lehrer im inzwischen verbotenen Multi-Kultur-Haus in Neu-Ulm im Dezember 2006 vom Regierungspräsidium Tübingen ausgewiesen worden war. Um der drohenden Abschiebung zuvorzukommen, reiste er vor wenigen Tagen nach Mauretanien aus.

## Haselhuhn angeblich ausgestorben

**Stuttgart (lsw)** – Wieder ist eine Vogelart aus dem Südwesten verschwunden, beklagen Naturschutzverbände. Diesmal sei das Haselhuhn betroffen, nachdem in den vergangenen drei Jahrzehnten Sumpfohreule, Blauracke, Große Rohrdommel und Brachpieper ausgestorben seien, kritisierten sie am Donnerstag in Stuttgart. Das Tier sei das neueste Opfer der Untätigkeit des baden-württembergischen Landesregierung, kritisierten Naturschutzbund (Nabu), Bund für Naturschutz (Bund) und der Landesnaturschutzverband (LNV). Der Waldvogel finde in den heutigen Wirtschaftswäldern nicht den notwendigen Raum zum Überleben. Konkret werfen die Naturschützer der Landesregierung vor, sie kümmere sich zu wenig um die Ausweisung von EU-Vogelschutzgebieten. „Die Verpflichtung, Schutzgebiete einzurichten und dort aktiv für das Überleben der Arten zu sorgen, gilt bereits seit 28 Jahren. Passiert ist so gut wie nichts“, kritisierten die Naturschützer.

Das Landwirtschaftsministerium widersprach den Naturschutzverbänden: Das Haselhuhn komme in Baden-Württemberg unverändert in einigen Bereichen des Schwarzwalds vor. Der Bestand sei allerdings stark gefährdet. Auch arbeite man derzeit an der Ausweisung weiterer Vogelschutzgebiete.



Hund(e) und Katz': Alles auf der Reihe

Foto: Waideich

## Bürgermeister wollen weiter in Landtag

**Stuttgart (lsw)** – In der Landes-CDU wird immer intensiver um eine Landtagsreform gerungen. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU forderte am Donnerstag in Stuttgart, Bürgermeister und Oberbürgermeister kreisangehöriger Städte und Gemeinden sollten auch weiter in den Landtag gewählt werden können. Das Parlament könne auf ihren Sachverstand nicht verzichten. Dagegen verlangen andere CDU-Gliederungen wie Junge Union und Senioren-Union von der eigenen Landtagsfraktion, für eine Trennung von Landtagsmandat und aktivem Beamtenverhältnis zu sorgen. Fraktionschef Stefan Mappus will gegen heftige Widerstände in den eigenen Reihen die Unvereinbarkeit festschreiben.

## Neue Runde im Streit um getöteten Adler

**Stuttgart (lsw)** – Der Rechtsstreit um den Tod eines Zucht- und Jagdaders geht in eine neue Runde. Der Fall, bei dem ein Spaziergänger in Siegelbach im Kreis Heilbronn einen Adler der Deutschen Greifwarte tödlich verletzt hatte, weil dieser seinen Dackel angegriffen hatte, wird am 6. Februar vor dem Oberlandesgericht Stuttgart weiterverhandelt. Sowohl die Greifwarte als auch der 70-jährige Spaziergänger und Jäger hatten gegen das Urteil des Heilbronner Landgericht vom Oktober 2006 Berufung eingelegt. Nach diesem musste der Spaziergänger für den toten Steinadler 6628 Euro an die Greifwarte bezahlen. Für die tierärztliche Behandlung seines Hundes wurden ihm 922 Euro zugesprochen.

## Belohnung für Kuchen-Beweis

**Tübingen** – Wurde die Schwarzwälder-Kirschtorte in Tübingen erfunden? Diese These sorgte unlängst für Schlagzeilen. Jetzt wollen es die Tübinger Händler genau wissen. Wer gegenüber dem Stadtarchiv nachweisen kann, dass der berühmte Kuchen tatsächlich in der Neckarstadt kreiert wurde, dem winkt „eine kalorienreiche Belohnung“. Der- oder diejenige wird beim nächsten Tübinger Schokoladenfestival im November „Kilo für Kilo mit Schwarzwälder Kirschtorte aufgewogen“, erklärte der Handel- und Gewerbeverein. StN